

Die Gesellschaft braucht eine neue Kultur der Selbständigkeit

Von Otto Wolff von Amerongen

Um den Herausforderungen der Globalisierung erfolgreich zu begegnen, muß die 'Tyrannei des Status quo' in Deutschland überwunden werden. Eine repräsentative Umfrage des Kölner Forschungsinstituts für Ordnungspolitik zeigt, daß die Bevölkerung grundlegenden Reformen auch im Tarifrecht aufgeschlossen gegenübersteht.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht gegenwärtig vor großen Herausforderungen. Die beschleunigte globale Integration und insbesondere die weltwirtschaftliche Öffnung Osteuropas haben zu veränderten Bedingungen und zu einem zunehmenden Anpassungsdruck von außen geführt. Wohlstandszuwächse sind zukünftig nur dann möglich, wenn den Erfordernissen des globalen Standortwettbewerbs Rechnung getragen wird. Globalisierung und Standortwettbewerb zwingen dabei zu erheblichen Veränderungen und setzen eine größere Anpassungsflexibilität und Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft voraus.

Die Soziale Marktwirtschaft gewährleistete in der Vergangenheit diese notwendige Innovationsfähigkeit. Sie hat sich als Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland bewährt und schaffte seit dem Zweiten Weltkrieg die Grundlagen für eine enorme Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wachsende Ansprüche konnten durch die Verteilung von Wohlstandszuwächsen befriedigt und soziale Konflikte weitgehend vermieden werden. Die Soziale

Der vorliegende Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Artikels des Autors, der am 27. Mai 1998 im Handelsblatt veröffentlicht wurde.

Marktwirtschaft sicherte auf diese Weise sowohl die Stabilität der Gesellschaft als auch die notwendige Anpassungsflexibilität im Wettbewerb. Heute droht die deutsche Wirtschaft an Leistungsfähigkeit einzubüßen und im internationalen Wettbewerb zurückzufallen. Dies ist abzulesen an der Investitionsschwäche und an der anhaltend hohen strukturellen Arbeitslosigkeit. Gegenwärtig wird zwar mit einer leichten Besserung der Arbeitsmarktsituation gerechnet. Eine Trendwende, die zu einer deutlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit führen könnte, ist jedoch nicht in Sicht.

Die Anpassungsflexibilität in Deutschland ist offensichtlich erheblich zurückgegangen. Inflexibilität und Anpassungsschwäche lähmen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und beschleunigen den Abbau von Arbeitsplätzen. Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch den Verlust wirtschaftlicher Dynamik und die Erstarrung der Gesellschaft. Der Standort Deutschland gerät in eine dauerhafte Krise, wenn den Anforderungen des globalen Wettbewerbs nicht entsprochen wird.

Das größte Problem ist darin zu sehen, daß die Bereitschaft und die Fähigkeit abgenommen haben, auf veränderte Rahmenbedingungen innovativ und vorausschauend zu reagieren. Mangelnde Risikobereitschaft und fehlendes Engagement führen zu einer 'Tyrannei des Status quo'. Die Soziale Marktwirtschaft droht dabei in einem Prozeß der Verrechtlichung und Überregulierung zu ersticken.

Um den Herausforderungen der Zukunft im Zeitalter der Globalisierung erfolgreich entgegenzutreten, muß diese 'Tyrannei des Status Quo' überwunden werden. Der ordnungspolitische Rahmen ist durch eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Werte zu erneuern, um die verlorengegangene Anpassungsflexibilität zurückzugewinnen. Selbständigkeit und Eigenverantwortung als Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Bewältigung dieser Anforderungen von herausragender Bedeutung.

Eigenverantwortung und Selbständigkeit in der Sozialen Marktwirtschaft

Die ordnungspolitische Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf der Kombination von marktwirtschaftlichem Leistungsprinzip und dem Prinzip des sozialen Ausgleichs. Ziel des sozialen Ausgleichs ist jedoch nicht die vollständige Übernahme der Verantwortung für die Individuen durch den Staat. An erster Stelle steht das eigenverantwortliche Handeln der Bürger als Pendant der Freiheit. Eigenverantwortung und Selbständigkeit sind gerade heute unverzichtbar, wenn es darum geht, die Anforderungen der Globalisierung zu meistern und das erreichte Wohlstandsniveau für zukünftige Generationen zu sichern. Dabei spielt der selbständige Unternehmer eine zentrale Rolle. Unternehmerisches Handeln setzt Eigenverantwortung notwendig voraus: Ohne die Bereitschaft, sich den Anforderungen des Marktes zu stellen, Risiken zu übernehmen, ständig auf Veränderungen zu reagieren und Leistung zu erbringen, geht die wirtschaftliche Dynamik verloren.

Der Unternehmer ist in der Sozialen Marktwirtschaft der eigentliche Träger und Initiator des Wandels, des Fortschritts und der wirtschaftlichen Dynamik. 1996 waren in Deutschland etwa 3,1 Mill. Personen beruflich selbständig, mithelfende Familienangehörige eingeschlossen (IWD 7/1998). Damit ist der Anteil der Selbständigen an der Erwerbsbevölkerung seit 1991 von 7,9% auf 9% gestiegen. Im Vergleich mit den übrigen OECD-Ländern belegt Deutschland allerdings nur einen Platz im unteren Drittel. In den Niederlanden liegt die Selbständigenquote bei 10,4% und in Großbritannien bei 12,7%. Um den OECD-Durchschnitt von 11,4% zu erreichen, müßten hierzulande gut eine halbe Million Bürger zusätzlich den Weg in die berufliche Selbständigkeit gehen. Von besonderer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft sind dabei die mittelständischen Unternehmer. 90% aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen werden in Deutschland dem Mittelstand zugerechnet. Der Mittelstand verkörpert in besonderer Weise die unternehmerischen Eigenschaften, da es zumeist die mittelständischen Unternehmer sind, die ein besonders hohes Maß an persönlichem Einsatz und Risikobereitschaft zeigen.

Wie schwer es Selbständige bei uns haben, dauerhaft im Markt bestehen zu können, zeigt ein Blick in die Insolvenzstatistik. 1997 mußten hierzulande 34.100 Unternehmen den Gang zum Konkursrichter antreten, 8,4% mehr als im Jahr davor (IWD 8/1998). Hiervon waren insbesondere kleine und mittlere Unternehmen betroffen. In den meisten EU-Ländern hingegen ging die Zahl der Insolvenzen zurück. Die konjunkturelle Lage kann also nicht allein die Ursache für den Anstieg der Firmenpleiten sein. Vielmehr zeigt sich hier, daß die institutionellen Rahmenbedingungen im Vergleich zu anderen Ländern ungünstig sind. Zu nennen sind neben

den langwierigen Genehmigungsverfahren und behördlichen Auflagen vor allem die zu starre Arbeitsmarktstruktur, die hohe Steuer- und Abgabenbelastung und die - teilweise aufgrund falscher steuerlicher Anreize - unzureichende Ausstattung mit Risikokapital.

Gründeroffensive für neue Arbeitsplätze

Durch eine Gründeroffensive könnten wichtige Beiträge zur Stabilisierung und Ausweitung der Beschäftigung geleistet werden. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hängt maßgeblich davon ab, in welchem Ausmaß Leistungsträger der Gesellschaft dazu bereit sind und in die Lage versetzt werden, sich unternehmerisch zu betätigen. Von den neuen Selbständigen ist ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Innovationspotentials und damit zur wirtschaftlichen Dynamik zu erwarten. Hierbei sind die Beschäftigungseffekte besonders hoch: Existenzgründer schaffen im Durchschnitt drei bis vier neue Arbeitsplätze. In der Zeit von 1990 bis 1995 haben etwa 1,9 Mill. Personen eine selbständige Tätigkeit aufgenommen (DIW-Wochenbericht 41/1997). Davon beschäftigten in Westdeutschland 41% bis zu fünf Mitarbeiter. 8% schufen sogar mehr als fünf neue Arbeitsplätze. In Ostdeutschland wird der positive Effekt der neuen Selbständigen auf dem Arbeitsmarkt noch deutlicher: Hier beschäftigten 44% bis zu fünf Mitarbeiter und 12% konnten mehr als fünf neue Arbeitsplätze bereitstellen. Im ostdeutschen Transformationsprozeß spielen die Existenzgründer damit eine zentrale Rolle bei der Bewältigung des Strukturwandels. Insgesamt zeigt sich also gerade bei den neuen Selbständigen ein beachtliches Beschäftigungspotential. Auch Betriebsübernahmen durch Jungunternehmer leisten einen wichtigen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung.

Insbesondere der im internationalen Vergleich in Deutschland noch recht schwach entwickelte Dienstleistungssektor eröffnet kleinen und mittleren Unternehmen gute Zukunftsaussichten. In Deutschland würde sich ein zusätzliches Beschäftigungspotential von 3,6 Mill. Arbeitsplätzen ergeben, wenn die Dienstleistungsquote bei uns jener in den USA entsprechen würde (IWD 6/1998). Vor allem in wirtschaftsnahen Diensten bieten sich zahlreiche Möglichkeiten zur Selbständigkeit. Zu nennen sind hier Branchen wie Unternehmensberatung, Software und Telekommunikation. Aber auch bei den sozialen, pflegenden und haushaltsbezogenen Leistungen ist das Potential längst nicht erschöpft. Ebenso bieten sich in traditionellen Wirtschaftszweigen wie dem Handwerk gute Zukunftsperspektiven für Existenzgründer. So ist im letzten Jahr die Zahl der Handwerksbetriebe um rund 12.000 auf 835.000 gestiegen. An Betätigungsfeldern für neue Selbständige mangelt es also nicht.

Institutionelle Rahmenbedingungen verbessern

Die wichtigste Aufgabe des Staates und der Politik ist es, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und insbesondere für junge Unternehmensgründer nachhaltig zu verbessern, um möglichst viele potentielle Unternehmerpersönlichkeiten zu dem Schritt in die Selbständigkeit zu ermutigen. Gerade Existenzgründer sind von den kostenmäßigen und vor allem den administrativen Belastungen der unternehmerischen Selbständigkeit überproportional betroffen, da sie meist über relativ geringe finanzielle und personelle Ressourcen zur Überbrückung verfügen und noch keine Routine im Tagesgeschäft haben. Existenzgründungen dürfen nicht durch unüberschaubare Startschwierigkeiten behindert und damit verhindert werden, sonst verliert Deutschland im weltweiten Innovationswettbewerb weiter an Boden. Dazu gehört, daß das Dickicht von Vorschriften und Regulierungen auf den Prüfstand gestellt wird. Leider werden erfolgversprechende Ideen nur allzu häufig durch einen Wust von Regulierungen und anderen bürokratischen Hürden gebremst und scheitern so oft schon in den ersten Zügen.

Nur wenn ausreichende Spielräume für unternehmerische Selbständigkeit geschaffen werden, entstehen weitere Betätigungsfelder für neue Selbständige, die im Wettbewerb untereinander nach neuen und effizienten Lösungen suchen. Zudem muß die Politik die öffentlichen Finanzen weiter konsolidieren und eine Steuerreform auf den Weg bringen, die diesen Namen auch verdient. Bürgern und Unternehmen muß wieder ein größerer Teil der Einkommen und Gewinne zur eigenverantwortlichen Verwendung belassen werden. Eine Staatsquote von über 50% und die anhaltend hohe und weiter steigende Abgabenbelastung lassen auf Dauer selbständiges und eigenverantwortliches Engagement - bei Unternehmen und Arbeitnehmern gleichermaßen - erlahmen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Ausstattung von Existenzgründern mit zinsgünstigem Kapital. Diese ist in den letzten Jahren zwar verbessert worden und auch für die nähere Zukunft sind hier weitere Verbesserungen zu erwarten. Die Kapitalisierung von Existenzgründungen stellt jedoch nach wie vor zu stark auf das von den Banken gewährte Fremdkapital ab, das aber an oft noch nicht vorhandene ausreichende Sicherheiten anknüpft. Gleichzeitig ist diese Finanzierungsform teuer und inflexibel. Zwar steht auch in Deutschland spekulatives Geld zur Verfügung, jedoch wird zu wenig Kapital für Investitionen mit hohem Risiko, aber eben auch mit hohem Innovations- und Wachstumspotential mobilisiert. Das Resultat ist, daß trotz verschiedener Deregulierungsmaßnahmen auf den Finanzmärkten andere Länder, beispielsweise die USA, immer noch einen kostengünstigeren Zugang zu privatem Risikokapital bieten. Besonders kleinere und

mittelständische Unternehmen profitieren davon, wenn mehr Wagniskapital für innovative Betriebe zur Verfügung steht. Dieses wirkt sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt aus: Aus einer Erhebung in den EU-Mitgliedstaaten geht hervor, daß die Beschäftigung zwischen 1991 und 1995 in Unternehmen, denen Wagniskapital zur Verfügung gestellt worden ist, jährlich um 15% zugenommen hat (FAZ vom 6.4.1998).

Notwendige Veränderung des gesellschaftlichen Klimas

Wichtiger noch als alle materiellen Hilfen bei Existenzgründungen erscheint allerdings die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas im Sinne einer stärkeren Akzentuierung der Eigenverantwortung. Vor diesem Hintergrund hat das Forschungsinstitut für Ordnungspolitik (FiO) in Köln in einer von der Otto Wolff von Amerongen-Stiftung finanzierten Studie das Reformklima in der Bevölkerung und die grundsätzliche Akzeptanz der ordnungspolitischen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft untersucht. Dabei wurden in einer repräsentativen Umfrage 1165 Bürger zu Problembereichen aus Wirtschaft und Gesellschaft befragt. Die Ergebnisse zeigen, daß die Bedeutung der Eigenverantwortung auch von der Bevölkerung klar erkannt wird: 78% der Befragten sind der Meinung, daß in erster Linie jeder für sich selbst und erst in zweiter Linie für andere verantwortlich ist. Der Eigenverantwortung wird damit der Vorrang vor der sozialen Verantwortung gegeben.

Eigenverantwortung schließt bestimmte Verhaltensweisen mit ein. Sie verlangt Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft, damit der einzelne die sich bietenden Chancen im Leben nutzt. Sie erfordert außerdem individuelle Flexibilität, um sich auch ohne fremde Hilfe auf neue Lebensumstände einzustellen. Nicht zuletzt ist Eigenverantwortung untrennbar mit der Bereitschaft verbunden, Risiken einzugehen. Dies alles sind Verhaltensweisen, die für die Funktionsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung notwendig sind. Ihre Bedeutung wird auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung gesehen: Jeweils über 90% halten Leistungsbereitschaft, Flexibilität, Eigeninitiative und Risikobereitschaft für notwendige Verhaltensweisen, um bei uns erfolgreich zu sein. Diese Verhaltensweisen sind in der Sozialen Marktwirtschaft deswegen so wichtig, weil nur auf deren Grundlage die materiellen Voraussetzungen des Wohlstandes einer sozial gerechten Gesellschaft geschaffen werden können.

Der Unternehmer als Motor der Wirtschaft

Entsprechend der gesellschaftlichen Bedeutung von Selbständigkeit und Eigenverantwortung wird die

zentrale Funktion des Unternehmers für den Wohlstand der Gesellschaft von der Bevölkerung deutlich wahrgenommen. Nach Angaben des Forschungsinstituts für Ordnungspolitik sind 82,9% der Bevölkerung der Meinung, der selbständige Unternehmer sei der Motor der Wirtschaft und damit Voraussetzung für den allgemeinen Wohlstand. 79,7% der Bevölkerung sind davon überzeugt, daß Unternehmer größere Risiken eingehen als der Durchschnittsbürger.

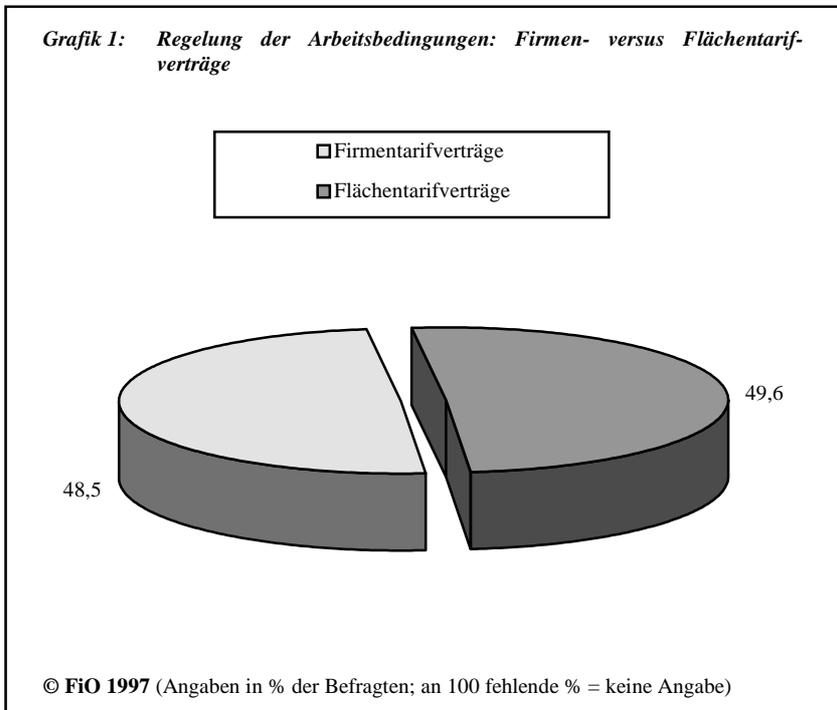
Im Gegensatz zur hohen Akzeptanz der unternehmerischen Selbständigkeit in der Bevölkerung steht jedoch die relativ geringe Wagnis- und Risikobereitschaft für unternehmerische Selbständigkeit. Der Wille, den Weg in die unternehmerische Selbständigkeit zu wagen, muß gestärkt werden.

Dazu gehört z.B. die Vermittlung eines positiven Unternehmerbildes in Schulen und Hochschulen oder auch die Prämierung erfolgreicher unternehmerischer Ideen. Zudem dürfen gescheiterte Existenzgründer gesellschaftlich nicht stigmatisiert werden. Bei uns führt - anders als z. B. in den USA - ein gescheiterter Versuch schon beinahe zum gesellschaftlichen Aus.

Der Arbeitnehmer als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft

Hinzu kommt, daß bei uns noch immer das Bild einer arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft dominiert, in der die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf ein Erwerbseinkommen aus abhängiger Beschäftigung angewiesen ist. Auch für den Bereich der Daseinsvorsorge ist weitgehend der Staat zuständig. Der materielle Lebensstandard wird aber in Zukunft immer stärker durch den Einsatz von Wissen und Kapital sowie durch individuelle Dienstleistungen bestimmt. Allgemeiner Wohlstand, ein hohes Bildungsniveau und die Möglichkeiten der Informationsgesellschaft haben dazu beigetragen, daß heute weit mehr Menschen als früher in der Lage sind, sowohl am Arbeitsmarkt als auch in der Daseinsvorsorge selbständig zu handeln und für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Ein zentrales Leitbild für die Gestaltung von Wirtschaft und

Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung muß daher das Individuum als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge sein. Auch vor diesem Hintergrund müssen Selbständigkeit und Eigenverantwortung in Zukunft stärker zur Entfaltung gebracht werden.



Reform des Flächentarifvertrages findet Zustimmung

Von der Forderung nach mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung in allen gesellschaftlichen Bereichen sind insbesondere auch die Arbeitsbedingungen betroffen. Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit und der nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland wird

daher zurecht seit längerem über die zukünftige Gestaltung der Flächentarifverträge diskutiert. Das starre Korsett flächendeckend einheitlicher Regelungen bezüglich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen wie z.B. der Arbeitszeiten oder der Löhne und Gehälter ist lange Zeit nur von den Arbeitgebern und deren Verbänden als zu inflexibel kritisiert worden. Inzwischen sind auch die Gewerkschaften bereit, über dieses Thema nachzudenken. Die Positionen von Arbeitgebern und Gewerkschaften liegen aber nach wie vor weit auseinander.

Die Bevölkerung steht einer grundlegenden Reform des Tarifvertragswesens erstaunlich aufgeschlossen gegenüber. Nahezu die Hälfte der Befragten - 48,5% - fordert in der FiO-Umfrage explizit, die Arbeitsbedingungen verstärkt in Firmentarifverträgen zu regeln und spricht sich damit gegen das starre Festhalten am Flächentarifvertrag aus (*Grafik 1*). Noch größeren Zuspruch findet der Vorschlag, die Höhe der Lohnzuwächse in Zukunft stärker an den Gewinnen und Verlusten der Unternehmen auszurichten und nicht wie bisher tariflich fest zuzusichern: 53,8% der Bevölkerung befürworten den Vorschlag, die Lohnzuwächse teilweise von den Gewinnen und Verlusten des Unternehmens abhängig zu machen (*Grafik 2*). Offensichtlich erkennen die Bürger, wie wichtig es inzwischen für die

Unternehmen ist, zumindest die Lohnzuwächse flexibel an die Ertragslage anpassen zu können.

Einschnitte in bestehende Besitzstände zu akzeptieren. Entsprechend demonstriert die Bevölkerung eine hohe

Bereitschaft zu persönlichen Veränderungen und Verzicht, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern: 60% der Befragten würden auf Lohnerhöhungen verzichten, die über den Inflationsausgleich hinausgehen, wenn dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. 56,8% würden den Arbeitsplatz wechseln, auch wenn damit ein Wohnortwechsel verbunden wäre. 49,9% der Bevölkerung

Befragt nach verschiedenen konkreten Aspekten der Organisation der Arbeitsbedingungen zeigt sich insgesamt eine ausgeprägte Bereitschaft der Bevölkerung, in Zukunft flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten auf der Ebene der einzelnen Betriebe mitzutragen: So vertreten 84,2% der Befragten die Auffassung, daß die einzelnen Betriebe mehr Möglichkeiten haben müßten, auf veränderte

Anforderungen von außen mit eigenen Arbeitsbedingungen zu reagieren. 79,8% sind der Ansicht, daß es den Unternehmen möglich sein muß, die Lohnzuwächse der Beschäftigten flexibel an die Wirtschaftslage anzupassen. Eine größere individuelle Verantwortung für die Beschäftigten in den Betrieben wird ebenfalls befürwortet: 68,1% der Befragten sind der Ansicht, daß man als Arbeitnehmer die eigenen Arbeitsbedingungen mehr als bisher selbständig mit dem Arbeitgeber aushandeln sollte. Zugleich meinen 68,6%, daß Arbeitnehmer die Möglichkeit haben sollten, auf Lohnzuwächse zu verzichten, um ihre Arbeitsplätze zu sichern.

Hohe Bereitschaft zu persönlichen Veränderungen und Verzicht

Vor dem Hintergrund des weltwirtschaftlichen Wandels sind viele Menschen bereit, flexiblere Regelungen und

würden eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit in Kauf nehmen. Immerhin 46,6% würden auf Urlaubstage, 43,9% auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie 40,6% auf Überstundenzuschläge verzichten (Grafik 3).

Entgegen landläufiger Vermutungen akzeptiert die Bevölkerung also nicht nur verschiedene der gegenwärtig diskutierten Reformvorschläge zur

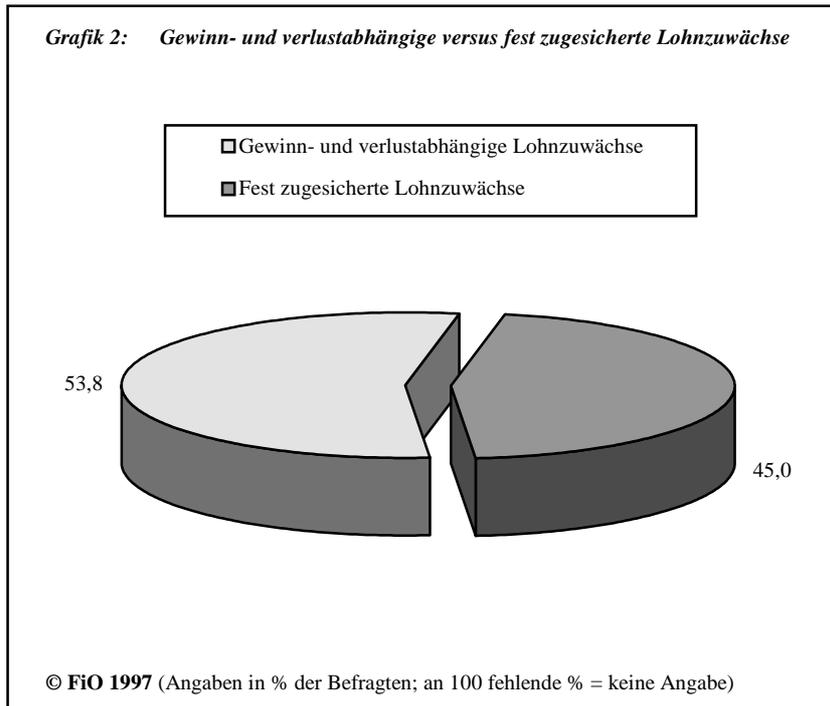
Umgestaltung der Arbeitswelt, sondern sie ist durchaus auch zu persönlichen Handlungskonsequenzen bereit, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern.

Stärkung der Eigenverantwortung

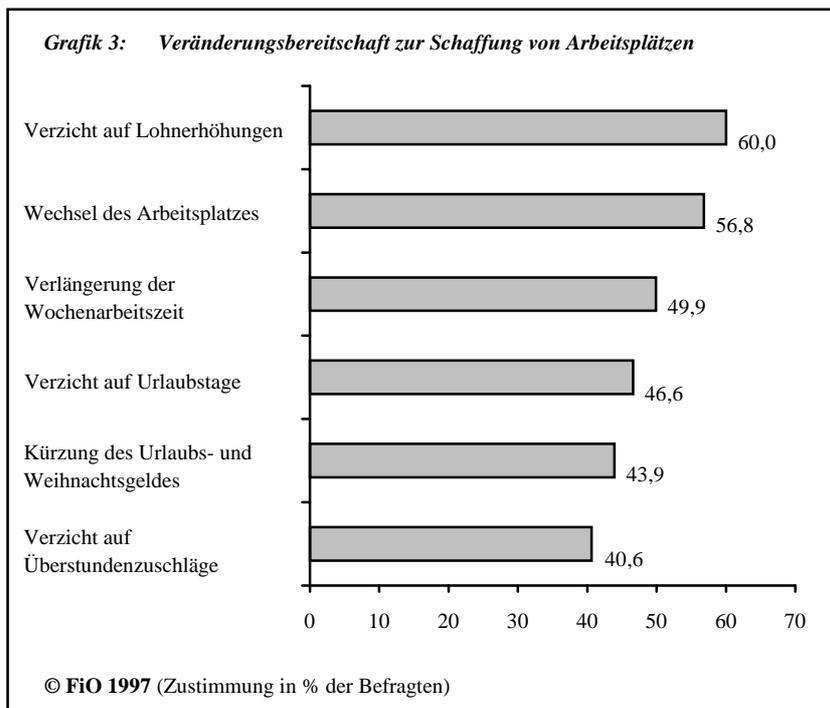
Die Aufgabe des Staates in dieser Situation muß es sein, die von ihm gesetzten Rahmen-

bedingungen so umzugestalten, daß sie Selbständigkeit und Eigenverantwortung stärken. Es müssen Anreize

Grafik 2: Gewinn- und verlustabhängige versus fest zugesicherte Lohnzuwächse



Grafik 3: Veränderungsbereitschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen



gesetzt werden, die den Übergang in eine unternehmerische Gesellschaft fördern. Wir müssen uns folgende Tatsache stets in Erinnerung rufen: Jede marktwirtschaftliche Ordnung, also auch die Soziale Marktwirtschaft, beruht auf der bereits von Adam Smith beschriebenen Einsicht, daß das individuelle Handeln zunächst von den Eigeninteressen geleitet wird. Dabei ist die Verfolgung des Eigeninteresses nicht etwa verwerflich, sondern vielmehr konstitutives Element der Sozialen Marktwirtschaft. Der gesellschaftliche Wohlstand wächst nur dann, wenn jeder seine wirtschaftlichen Eigeninteressen verfolgen kann. Voraussetzung hierfür ist, daß die Eigeninteressen in eine effiziente und gerechte Wirtschaftsordnung integriert sind und durch diese gebündelt werden. Um Anreize für eine neue Selbständigkeit zu setzen, muß der einzelne sein Eigeninteresse verfolgen und so seinen privaten Nutzen maximieren können. Dabei muß er zugleich die Verantwortung für seine Entscheidungen und Handlungen übernehmen.

Der einzelne in unserer Gesellschaft muß also ein höheres Maß an Verantwortung tragen. Allerdings muß der Staat seinen Bürgern diese Verantwortung zutrauen und zumuten. Dies eröffnet jedem größere Chancen und Spielräume, sein Leben selber und eigenverantwortlich

in die Hand zu nehmen und dann vielleicht auch den Weg in eine selbständige berufliche Existenz zu wagen - zumindest aber sein Leben insgesamt eigenständiger zu organisieren. Angesichts der Globalisierung gilt es vor allem, eine neue Kultur der Selbständigkeit zu entwickeln. Auf die Notwendigkeit einer solchen neuen Kultur der Selbständigkeit haben auch die im Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft zusammengeschlossenen Verbände in ihrer Petersberger Erklärung nachdrücklich hingewiesen. Nur auf dieser Grundlage kann - so der Wortlaut der Petersberger Erklärung - die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert gesichert werden. Die Verbände weisen zurecht darauf hin, daß "unternehmerisches Denken die beste Voraussetzung ist, um die Veränderungen des wirtschaftlichen Umfeldes in Chancen für den Erfolg umzuwandeln". Dabei müssen nicht nur Existenzgründer und Selbständige, sondern alle Bürger stärker als bislang selbständig und eigenverantwortlich auf diese Veränderungen reagieren. Die Entwicklung einer neuen Kultur der Selbständigkeit muß Teil eines Umdenkens in der Gesellschaft sein, das weg von Besitzstandswahrung und Staatsgläubigkeit hin zu mehr Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft jedes einzelnen führt.